

Die Soziallehre der Kirche und die Außenschulden

Man hat gesagt, daß die Außenschulden das größte wirtschaftliche und finanzielle Problem seien, mit dem Lateinamerika heutzutage konfrontiert ist. Oftmals wurde wiederholt, diese Außenschulden seien nicht mehr zu bezahlen. Und es ist auch gesagt worden, daß die Außenschulden in erster Linie ein politisches Problem seien, das als solches vor allem mit den Mitteln der Politik zu lösen ist.

Aber aus einer *humanitären* Perspektive, die alle steifen und einseitigen 'Ökonomismen' hinter sich läßt, erscheinen die Außenschulden als ein *ethisches, theologisches und moralisches* Problem oder, um es in einer negativen Formulierung noch genauer und realistischer zu sagen: bei den Außenschulden handelt es sich um ein außerordentlich schwerwiegendes *unmoralisches* Problem.

Gerade aus diesem Grund und aus derselben Perspektive wurde das Problem in zahlreichen Dokumenten sowohl des ordentlichen als auch des außerordentlichen Lehramts der Kirche behandelt. Wir können feststellen, daß im Großen und Ganzen dieses Thema meistens klar und sogar mit viel Mut in Angriff genommen wurde. In allen Erklärungen und Dokumenten sowie in allen zur Behandlung dieses schwerwiegenden Problems einberufenen Versammlungen ist die Grundoption zugunsten der Armen – sei es nun der armen Länder oder der armen Sozialschichten oder der armen Einzelpersonen – deutlich.

1. „Im Dienste der christlichen Gemeinschaft: Eine ethische Betrachtung der internationalen Schulden“

Diese wichtige Erklärung der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* erschien am 27. Dezember 1986 und ist von Kardinal Echeagaray unterschrieben. Das Dokument hat außerordentliche Bedeutung, da es einer Stellungnahme der Kirche in Bezug auf ein so wichtiges und empfindliches Problem gleichkommt.

Das Dokument der päpstlichen Kommission, das von zahlreichen bereits vorhandenen Untersuchungen über die Außenverschuldung ausgeht, gelangt zu einer gemäßigten und überlegten Position und hält sich klugerweise immer innerhalb der Grenzen der kirchlichen Zuständigkeit. D.h. es versucht, die ethischen Grundsätze zu formulieren, und skizziert einige grundlegende Leitlinien für die praktische Anwendung.

Es ist wichtig hervorzuheben, welche Beurteilung die Haltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und dessen Maßnahmen, die dieser den Schuldnerländern auferlegt, in den Augen der päpstlichen Kommission findet:

„Einige der internationalen Organisationen tragen auf Grund ihres Auftrags eine besondere Verantwortung. Es ist insbesondere Aufgabe des Internationalen Währungsfonds (IWF), den Mitgliedsländern bei der Überwindung von Zahlungsbilanzdefiziten und der Überbrückung vorübergehender Schwierigkeiten zu helfen. Zu diesem Zweck verfügt er über entsprechende Finanzmittel. Im Laufe der letzten Jahre haben sich seine Rolle und seine Interventionsmöglichkeiten stark weiterentwickelt. In mehreren Fällen haben seine Beschlüsse aber in den in Schwierigkeit befindlichen Ländern, bei ihrer Führung und in ihrer öffentlichen Meinung zu negativen Reaktionen geführt; sie hatten gelegentlich den Anschein, als seien sie in autoritärer Technokratenmanier und ohne ausreichende Berücksichtigung der sozialen Erfordernisse und der spezifischen Gegebenheiten aufoktroziert worden. Es wäre angebracht, deutlich zu machen, daß Dialog und Dienst am Gemeinwesen Richtschnüre für das Handeln des IWF sind.“

Der dritte Teil des Dokuments ist ein Aufruf, damit alle Völker die „Verantwortung für die Zukunft solidarisch übernehmen“. Dabei haben die Gläubiger-Länder eine größere Verantwortung.

„In einer Welt wie der heutigen, die von zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Ländern geprägt ist, wird eine Ethik der Solidarität dazu beitragen, die wirtschaftlichen Beziehungen (Handels-, Finanz- und Währungsbeziehungen) in Beziehungen von Gerechtigkeit und gegenseitigem Dienst zu transformieren: Beziehungen, die bis jetzt vor allem durch die Macht und das Eigeninteresse bestimmt sind.“

„Wegen ihrer größeren wirtschaftlichen Stärke haben die Industrieländer eine höhere Verantwortung, die sie anerkennen und akzeptieren müssen, auch wenn die Wirtschaftskrise sie häufig vor schwere Beschäftigungs- und Strukturprobleme gestellt hat.“ Sie sind dazu verpflichtet die geeigneten Maßnahmen zur Reaktivierung des Wachstums, zur Reduzierung des Protektionismus, zur Senkung der Zinsraten und zur Aufwertung der Rohstoffe zu ergreifen.

Andererseits versäumt das Dokument nicht, auf die von den politischen und finanziellen Verantwortungsträgern der verschuldeten Länder begangenen Fehler in aller Deutlichkeit und Offenheit hinzuweisen. Diesbezüglich wird gesagt, daß die Anklage der von den anderen begangenen oder geduldeten Ungerechtigkeiten, wenn sie sich Gehör verschaffen will, von einem Klärungsprozeß des eigenen Verhaltens begleitet sein muß. Es ist allzu leicht, die Verantwortung für allerlei Ungerechtigkeiten auf andere abzuladen, wenn man sich des eigenen Anteils an der Schuld nicht gleichzeitig bewußt wird.

Die Verantwortungs- und Machträger der Entwicklungsländer müssen akzeptieren, „daß ihr Verhalten und ihre mögliche Mitverantwortung für die Verschuldung ihres Landes geklärt werden: Nachlässigkeit beim Aufbau angemessener Strukturen oder Mißbrauch bei der Nutzung bestehender Strukturen, wie z.B. Steuerhinterziehung, Bestechung, Währungsspekulationen, Kapitalflucht, Schmiergelder im Zusammenhang mit internationalen Verträgen.“

2. Der nordamerikanische Episkopat über die Außenschulden

Im November 1986, nach mehr als zwei Jahren von Umfragen und Gutachten, veröffentlichte der nordamerikanische Episkopat ein Dokument mit dem Titel „Ökonomische Gerechtigkeit für alle: 'Die katholische Soziallehre und die nordamerikanische Wirtschaft'“. Wir fassen an dieser Stelle einige der wichtigsten Gedanken dieser bedeutenden Sozialbotschaft zusammen:

„Die Außenschulden sind zum gravierendsten Problem der Dritten Welt geworden und es zeigt sich, daß eine totale Wende im System selbst nötig ist, damit sich so etwas nicht wiederholt...

Man muß sich die negative Auswirkung der hohen Zinsraten und des Finanz- und Handelsdefizits der USA vor Augen halten: vor allem die hohen Zinsen verursachen eine Verschlimmerung der Situation dieser Länder.“

Angesichts der Notsituation schlagen die nordamerikanischen Bischöfe u.a. folgende praktische Maßnahmen vor:

„Aufschub der Zahlungen, Umwandlung der Dollarschulden in Schulden der eigenen Währung eines Landes, partiellen und sogar totalen Schuldenerlaß, längere Zahlungsfristen, niedrigere Zinsen und Änderung der Forderungen des IWF, die die Lebensbedingungen der armen Länder und deren Bevölkerung erschweren und ständig verschlimmern.“

3. Die lateinamerikanischen Bischöfe und die Außenschulden

Viele der lateinamerikanischen Bischöfe haben sich in aller Deutlichkeit und mit viel Mut über das Problem der Außenschulden geäußert. Wir wählen nur einige der markantesten Äußerungen aus:

„Wir haben die tiefen Ängste unserer Völker wegen der uns erdrückenden Außenschulden gefühlt. Diese Außenschulden haben unsere Armut noch vergrößert, deswegen können die ursprünglich vereinbarten Zahlungsbedingungen nicht eingehalten werden.“

Mons. Julio Terrazas, damals Vorsitzender der Bolivianischen Bischofskonferenz, äußerte in einer Presseerklärung folgende Gedanken:

„Unsere Völker können nicht auf eine so brutale Weise dazu gezwungen werden, Schulden zu bezahlen, die sie (als Volk) am Überleben hindern. An erster Stelle steht das Leben des Volkes: bessere Löhne, gerechte Bezahlung für die Anstrengungen, die es auf sich nimmt. Man muß die Verantwortlichen zum Nachdenken aufrufen, damit sie das Volk nicht der Erfüllung einiger eingegangener Verpflichtungen weiter opfern.“ (Presencia vom 17. 4. 1987)

„Die Außenschulden sind eine neue Art, die Menschheit zu versklaven. Sie sind zu einem uns stets drohenden Schwert geworden. Sie verursachen die zunehmende Verarmung unserer Völker und ihrer Bezahlung wegen vernachlässigt der Staat so wichtige öffentliche Dienste wie Erziehung und Gesundheit.“ (Hoy vom 2. 9. 1987)

Man könnte noch weitere Texte aus den Dokumenten und Erklärungen unseres Episkopats anführen, aber es wäre zu lang und monoton. Für den Moment begnügen wir uns mit der Feststellung, daß unsere Bischöfe sich in zahlreichen Dokumenten und meistens in sehr mutigen und gewagten Thesen über das Problem der Außenverschuldung geäußert haben.

Bleiben wir einen Augenblick bei den Richtlinien, die uns Johannes Paul II. zu diesem akuten Problem vorschlägt. Der Papst bezieht sich in zahlreichen

Stellungnahmen auf die große Herausforderung, die das Problem der Außenverschuldung für die heutige Welt darstellt.

4. Der Papst und seine Lehre über die Außenschulden

In einem Diskurs in New Orleans während seines zweiten Besuchs in den Vereinigten Staaten sagte Johannes Paul II., daß die Außenschulden ein außerordentlich dringendes Problem sind und daß dieses Problem „unter Berücksichtigung der menschlichen Bedürfnisse und Prioritäten – und nicht allein im Rahmen der blinden Gerechtigkeit der finanziellen Mechanismen – gelöst werden muß“.

In seiner Enzyklika *Sollicitudo Rei Socialis* zeigt der Papst am schärfsten und am realistischsten die Ursachen der Verarmung unserer Völker auf und prangert sie an:

„Auf jeden Fall muß man das Bestehen wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Mechanismen anprangern, die, obgleich vom Willen des Menschen gelenkt, doch fast automatisch wirken, wobei sie die Situation des Reichtums der einen und der Armut der anderen verfestigen. Solche Mechanismen, von den stärker entwickelten Ländern in direkter oder indirekter Weise gesteuert, begünstigen durch die ihnen eigene Wirkweise die Interessen derer, die über sie verfügen, erdrücken oder lenken aber schließlich vollständig die Wirtschaftsordnungen der weniger entwickelten Länder. Es wird notwendig sein, diese Mechanismen später einer sorgfältigen Analyse in ethisch-moralischer Hinsicht zu unterziehen.“

In seiner letzten Enzyklika *Centesimus Annus* widmet der Papst dem Problem der Außenverschuldung einige aufschlußreiche und mutige Abschnitte, die eine ethische Basis darstellen könnten, auf der die Schuldner- und die Gläubiger-Länder in Zukunft Verträge abschließen könnten, die für die ganze Menschheit vorteilhaft wären.

Der Papst beginnt mit einem Bekenntnis zum allgemein anerkannten Prinzip, daß die Schulden bezahlt werden müssen. Aber angesichts der katastrophalen Folgen, die sich aus einer rigiden und unmenschlichen Zahlung dieser Schulden ergeben, und angesichts des Hungers und der Verzweiflung, in die auf diese Weise ganze Völker hineingestoßen werden, folgert der Papst, daß die Zahlung dieser Schulden nicht erlaubt (moralisch unzulässig) ist. Wir zitieren einige Abschnitte wortwörtlich:

„Hier tut sich ein großes und fruchtbares Feld des Einsatzes und des Kampfes im Namen der Gerechtigkeit für die Gewerkschaften und die anderen Organisationen der Arbeiter auf, die ihre Rechte verteidigen und ihre Subjektivität schützen. Sie haben aber gleichzeitig eine wesentliche Aufgabe kultureller Art, indem sie dazu beitragen, daß die Arbeiter vollwertig und in Würde am Leben der Nation teilnehmen und auf dem Weg der Entwicklung fortschreiten.“

In diesem Sinne kann man mit Recht von einem Kampf gegen ein Wirtschaftssystem sprechen, hier verstanden als Methode, die die absolute Vorherrschaft des Kapitals, des Besitzes der Produktionsmittel und des Bodens über die freie Subjektivität der Arbeit des Menschen festhalten will. Für diesen Kampf gegen ein solches System eignet sich als Alternativmodell nicht das sozialistische System, das tatsächlich nichts anderes als einen Staatskapitalismus darstellt. Es geht vielmehr um eine Gesellschaftsordnung der freien Arbeit, der Unternehmen und der Beteiligung. Sie stellt sich keineswegs gegen den Markt,

sondern verlangt, daß er von den sozialen Kräften und vom Staat in angemessener Weise kontrolliert werde, um die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu gewährleisten.

Die Kirche anerkennt die berechnete Funktion des Gewinnes als Indikator für den guten Zustand und Betrieb des Unternehmens. Wenn ein Unternehmer mit Gewinn produziert, bedeutet das, daß die Produktionsfaktoren sachgemäß eingesetzt und die menschlichen Bedürfnisse gebührend erfüllt wurden. Doch der Gewinn ist nicht das einzige Anzeichen für den Zustand des Unternehmens. Es ist durchaus möglich, daß die Wirtschaftsbilanz in Ordnung ist, aber zugleich die Menschen, die das kostbarste Vermögen des Unternehmens darstellen, gedemütigt und in ihrer Würde verletzt werden. Das ist nicht nur moralisch unzulässig, sondern muß auf weite Sicht gesehen auch negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens haben. Denn Zweck des Unternehmens ist nicht bloß die Gewinnerzeugung, sondern auch die Verwirklichung als Gemeinschaft von Menschen, die auf verschiedene Weise die Erfüllung ihrer grundlegenden Bedürfnisse anstreben und zugleich eine besondere Gruppe im Dienst der Gesamtgesellschaft bilden. Der Gewinn ist ein Regulator des Unternehmens, aber nicht der einzige. Hinzu kommen andere menschliche und moralische Faktoren, die auf lange Sicht gesehen zumindest ebenso entscheidend sind für das Leben des Unternehmens.

Man sieht daraus, wie unhaltbar die Behauptung ist, die Niederlage des sogenannten 'realen Sozialismus' lasse den Kapitalismus als einziges Modell wirtschaftlicher Organisation übrig. Es gilt, die Barrieren und Monopole zu durchbrechen, die so viele Völker am Rande der Entwicklung liegenlassen. Es gilt, für alle – einzelne und Nationen – die Grundbedingungen für die Teilnahme an der Entwicklung sicherzustellen. Diese Zielsetzung verlangt geplante und verantwortungsvolle Anstrengungen von seiten der ganzen internationalen Gemeinschaft. Die stärkeren Nationen müssen den schwachen Gelegenheit zur Eingliederung in das internationale Leben anbieten, und die schwachen müssen in der Lage sein, diese Angebote aufzugreifen. Sie müssen dazu die notwendigen Anstrengungen und Opfer aufbringen, indem sie die politische und wirtschaftliche Stabilität, die Sicherheit für die Zukunft, die Förderung der Fähigkeiten der eigenen Arbeiter, die Ausbildung leistungsfähiger Unternehmer, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, gewährleisten.

Heute lastet auf all den positiven Anstrengungen, die diesbezüglich unternommen werden, das größtenteils noch ungelöste Problem der Auslandsverschuldung der ärmsten Länder. Der Grundsatz, daß die Schulden gezahlt werden müssen, ist sicher richtig. Es ist jedoch nicht erlaubt, eine Zahlung einzufordern oder zu beanspruchen, die zu politischen Maßnahmen zwingt, die ganze Völker in den Hunger und in die Verzweiflung treiben würden. Man kann nicht verlangen, daß die aufgelaufenen Schulden mit unzumutbaren Opfern bezahlt werden. In diesen Fällen ist es notwendig – wie es übrigens teilweise schon geschieht –, Formen der Erleichterung der Rückzahlung, der Stundung oder auch der Tilgung der Schulden zu finden, Formen, die mit dem Grundrecht der Völker auf Erhaltung und Fortschritt vereinbar sind.“

Wie wir sehen, bestätigt der Papst das klassische Prinzip der Morallehre, wonach die Schulden, so groß sie auch sein mögen, nicht bezahlt werden dürfen, wenn die Zahlung mehr Schaden als Nutzen anrichtet. Für den Papst wie auch für die meisten Analysetreibenden sind die Außenschulden nicht so sehr ein wirtschaftliches Problem, sondern vielmehr ein Problem von enormen politischen und moralischen Dimensionen.

Das oberste Recht der Völker im Allgemeinen und der einzelnen Personen im Konkreten muß höher veranschlagt werden als jede andere Forderung oder Verpflichtung. Dazu heißt es bereits in *Laborem Exercens* deutlich: „Der

authentische Fortschritt impliziert ein moralisches Ziel: das gesamte Gemeinwohl des menschlichen Geschlechts, des einzelnen Menschen und aller Menschen insgesamt.“ (Nr. 28)

Der Papst gebraucht den Ausdruck „Es ist nicht erlaubt“, der ein absolutes Zahlungsverbot impliziert, und sagt den Regierungen der Schuldner-Länder, daß sie nicht zahlen sollen; verlangt von den Regierungen und Institutionen der Gläubiger-Länder einen Verzicht auf die Zahlung, wenn diese Hunger und Verzweiflung für das Volk mit sich bringt. Der Papst hätte sich einer ausgeglicheneren und diplomatischeren Formulierung bedienen können. Er hätte z.B. sagen können: Es ist nicht ratsam zu zahlen..., man sollte nicht die Zahlung verlangen..., o.ä. Aber er wählte den härtesten, eindeutigsten und moralisch weitgehendsten Ausdruck aus: „Es ist nicht erlaubt!“ „Non licet!“ (Ich habe den Eindruck daß die ursprüngliche lateinische Formulierung noch viel ausdrucksvoller, als die Übersetzung ist. Sie klingt nämlich eindeutig nach einem Verbot.)

Damit das moralische Argument richtig apodiktisch wird, fehlt nur noch eins: wir müssen die zweite Prämisse beweisen. Der Papst nämlich stellt das *moralische Prinzip auf, daß die Schuldenbezahlung zu unterbleiben hat, wenn sie das Verhungern und die Verzweiflung des Volkes verursacht*. Wir werden also in gedrängter Darstellung beweisen, daß *Zahlung der Außenschulden verheerende Auswirkungen auf die elementarsten Rechte und auf die menschlichen Grundbedürfnisse des Volkes hat*.

5. *Lateinamerika leidet unter den von IWF und Weltbank auferlegten Zahlungsbedingungen*

Alle Völker des südlichen Erdteils, aber vor allem Lateinamerika, sind von den politischen Bedingungen schwer betroffen, die ihnen der IWF und die Weltbank für die Zahlung der Außenschulden auferlegt haben.

Ich möchte an erster Stelle einige Feststellungen des Dokuments *Santa Fé II* anführen. Das Dokument ist eine Art politischer Erklärung, die das Denken und Handeln der gegenwärtigen nordamerikanischen Regierung inspiriert. Die Ideologen der Bush-Administration und des Statedepartements urteilen über die Lage so:

„Die Lösung der Krise (d.h. der Außenschulden) muß von der Erkenntnis ausgehen, daß die Last der Schulden verringert werden muß, weil sie in den heutigen Dimensionen absolut unbezahlbar ist.“ (Santa Fé, S. 12)

Wenn es nicht zu einer wesentlichen Veränderung der internationalen Ordnung, d.h. der internationalen Bestimmungen kommt, wird Lateinamerika sich noch mehr verschulden müssen, so daß der sog. Automatismus der Schulden eintreten wird. In der Tat geht das aus der graphischen Darstellung desselben Dokuments hervor:

„Die Schulden Lateinamerikas grenzen an die 450 Mrd. Dollar, und wenn bei dieser Summe die jetzigen Zinsraten verlangt werden, müßten die Schuldner-Länder 1,8

Billionen Dollar während der nächsten 20 Jahren bezahlen, ohne daß die Schuldenhöhe um einen einzigen Pfennig abgenommen hätte“ (Santa Fé, S. 13).

Die Wirtschaftskrise, unter der Lateinamerika seit 10 Jahren ununterbrochen leidet – und deren Ursachen und Wirkungen eng verbunden sind mit dem Problem der Außenschulden – hat dazu geführt, daß man bis heute das Lebensniveau von vor 12 Jahren noch nicht wieder erreicht hat.

- Die Bilanz des Außenhandels ist um 20% negativer als am Anfang der achtziger Jahre.
- Die Außenschulden des Kontinents stiegen – nach den Daten der CEPAL (Conferencia Episcopal) – von 327 Mrd. im Jahre 1982 (als Mexiko den Aufschub der Zahlungen bekannt machte) auf ca. 432 Mrd. Dollar am Ende des Jahres 1990.
- Der Kontinent hat Geldmittel in Höhe von ca. 224 Mrd. an das Ausland überwiesen, und trotzdem nehmen die Schulden weiter zu.
- Während der selben Zeit stiegen die Nettozahlungen von Einkommen und Zinsen der lateinamerikanischen Länder von 34 Mrd. auf 37 Mrd. pro Jahr. De facto gibt es einen Netto-Kapitaltransfer aus Lateinamerika ins Ausland. Es ist der arme Lazarus, der den opulenten Tisch des reichen Epulons noch beliefern muß. Aber es ist sogar lächerlich bzw. eine Ironie, daß man feststellen muß, daß auch nach der Zahlung dieser unvorstellbaren Geldsummen der Kontinent einen Zahlungsverzug von über 30 Mrd. Dollar aufweist. Allein Argentinien und Brasilien haben einen Verzug von 15 Mrd. Dollar. Die dramatische Auswirkung, die die Außenschulden für die Wirtschaft dieser Erdregion hat, ist am prozentualen Verhältnis der Außenschuldenzahlung (Tilgungen plus Zinsen) zum jeweiligen Warenexport abzulesen:
 - In 13 lateinamerikanischen Ländern verschluckt die Schuldenzahlung mehr als 30% des Gesamtexports: Argentinien ca. 56%; Venezuela ca. 40%; Brasilien ca. 38%; Chile 36%; Peru ca. 71%; Bolivien ca. 64%.

Es ist evident, daß angesichts des Ausmaßes des Problems die im *Plan Brady* vorgeschlagenen Maßnahmen wirkungslos sind. Sie sind zu bescheiden. Im Juni 1990 schlug Präsident Bush in der sog. „Initiative für den amerikanischen Kontinent“ weitgehendere und komplexere Maßnahmen vor. Manche halten diese Initiative für einen neuen „Sirenengesang“ des Nordens. Die Initiative sieht Maßnahmen auf drei verschiedenen, außerordentlich wichtigen und strategisch relevanten Ebenen vor: Es handelt sich um die Außenschulden, um die Förderung der Investitionen der USA in unserer Region und um eine interregionale (kontinentale) Freihandelszone.

Wir können aber behaupten, daß die schwache Stelle der Initiative gerade der Punkt der Außenschulden ist. Die Initiative sieht eine Reduzierung der ca. 12 Mrd. Dollar betragenden bilateralen Schulden der lateinamerikanischen Staaten bei den USA vor. Von dieser Summe sind ca. 7 Mrd. Schulden gegenüber der nordamerikanischen Regierung und ca. 5 Mrd. Schulden bei

amerikanischen Handelsbanken. Diese Beträge machen aber nicht einmal 3% der Gesamtsumme der Außenschulden aus, die zur Zeit an die 430 Mrd. grenzt.

Die angebotene Schuldenreduzierung ist also minimal im Vergleich zum gigantischen Ausmaß des Schuldenbergs des Kontinents. Andererseits hält die „Initiative“ an der Vorstellung fest, daß die Schulden „von Fall zu Fall“ und nicht insgesamt behandelt werden müssen (M. de Cautin, in: *Presencia* vom 8.7.1991).

Seit dem Ausbruch der Krise im Jahr 1982 bis Ende 1989 haben die ausländischen Gläubiger und Unternehmer eine Summe von ca. 78,2 Mrd. Dollar in Lateinamerika investiert oder diesen Ländern ausgeliehen. Aber im selben Zeitraum haben sie 281,3 Mrd. Dollar von Lateinamerika bekommen. Das bedeutet, daß in acht Jahren etwas mehr als 203 Mrd. Dollar (d.h. durchschnittlich über 25 Mrd. pro Jahr) von Lateinamerika in die industrialisierten Länder transferiert wurden. Das erstickt jeden Versuch im Keim, diese Ökonomien zu stabilisieren und eine Wachstumsrate von ca. 5% zu erreichen. Aber trotz all dieser Zahlungen betrugen die Außenschulden der Region (des Kontinents) 326 Mrd. Dollar. 1989 erreichten sie die 415 Mrd. und Mitte des Jahres 1991 überstiegen sie die Marke von 432 Mrd. Dollar.

6. Die Aussenschulden und der Hunger

Im oben zitierten Abschnitt aus *Centesimus Annus* thematisiert der Papst den engen Zusammenhang von Hunger und Außenschuldenbedienung. Dieser Zusammenhang soll nun kurz dargestellt werden. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, daß der Hunger stets von Unterernährung, Krankheiten und Frühsterblichkeit, d.h. niedriger Lebenserwartung begleitet wird.

Zwei Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung leidet an Unterernährung. In Lima z.B. waren im Jahr 1972 über 24% der Kinder unterernährt. Im Jahr 1978 waren es schon 28%, und 1983 waren es 36%. Man muß nicht unbedingt ein Pessimist sein, um anzunehmen, daß die Situation heute noch schlimmer ist.

Nach einer Studie von zwei nordamerikanischen Soziologen lassen sich die Auswirkungen der Außenschulden auf die Lebenserwartung der Bevölkerung folgendermaßen quantifizieren: Die Schuldenzahlung in Höhe von 10 Dollar (pro Jahr und pro Person) bewirke eine Abnahme der Lebenserwartung von 142 Tagen pro Person (im Vergleich zur Lebenserwartung, die man erreicht hätte, wenn die vor der Krise festgestellte Entwicklung konstant geblieben wäre). Damals, zur Zeit der Abfassung dieser Studie, betrug die Schulden-Zahlungsrate 27,3% pro Kopf und pro Jahr. Das bedeutet im Durchschnitt 387 Lebenstage weniger pro Einwohner der verschuldeten Länder. Aus diesen Gründen stellt ein Kritiker der Außenschulden folgendes fest:

„Die Außenschulden sind unmoralisch, weil sie von Anfang an ein Betrug waren; weil sie für Verschwendung und repressive Zwecke mißbraucht wurden; weil sie aus Wucher multipliziert wurden und weil ihre Zahlung den Tod und die Verzweiflung von Millionen bedeutet.“¹

7. *Einige (in den Lehrdokumenten der Kirche nahegelegte) konkrete Lösungsvorschläge hinsichtlich der Außenverschuldung*

1. Ein nicht unbedeutender Teil der Außenschulden muß erlassen werden. Der *Erlaß* soll nach den folgenden Gesichtspunkten und *Kriterien* erfolgen:

a) Vor allem müssen die Schulden der ärmsten Länder und derjenigen erlassen werden, in denen die Schulden sich am dramatischsten auswirken.

b) Es sollen ebenfalls jene Außenschulden erlassen werden, die (sei es auf Grund des Ausleihmodus' oder der Zahlungsbedingungen oder ihres Zwecks) eindeutig unmoralisch und illegitim sind.

c) Es sollten ebenfalls die Außenschulden jener Länder erlassen werden, aus denen hohe Geldsummen infolge der Kapitalflucht in die Banken der Gläubigerländer schon zurückgeflossen sind. Ebenfalls sollen jene Schulden erlassen werden, die mit der (Geld-)Wäsche von Narcodollars (d.h. Dollars aus Drogengeschäften) zusammenhängen.

d) Und letztlich soll man auch jene Schulden annullieren, für welche hohe Wucherzinsen, Zahlung von ungesetzlichen Provisionen etc. erzwungen wurden.

2. *Niedrigere Zinssätze*: Das Lehrdokument der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* hält die geltenden Zinssätze für zu hoch. Die Situation wird dadurch noch verschlimmert, daß zu den an sich schon überhöhten Zinsen die Zinseszinsen hinzukommen.

3. In vielen Fällen müssen die *Fälligkeitsfristen* erhöht werden. Vor allem, wenn man berücksichtigt, daß viele dieser Länder unter der starken Devaluation (Wertverlust) ihrer Rohstoffe leiden und daß diese Wertminderung am meisten den Gläubigerländern zugute kommt.

4. *Verzicht auf protektionistische Maßnahmen* gegenüber den am stärksten verschuldeten Ländern. Das Dokument der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* hebt hervor: „Die Industrieländer müssen auf protektionistische Maßnahmen, die die Ausfuhr der Entwicklungsländer behindern, verzichten; wenn außerdem das technische know-how mit ihnen geteilt wird, würden sich auf diese Weise die wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Länder verbessern.“

5. *Preiserhöhung der Rohstoffe*. „Unter Mitwirkung aller Länder und Hinzuziehung des Sachverständs der betroffenen internationalen Institutionen müssen die internationalen Handelsbedingungen (insbesondere die Instabilität der Rohstoffpreise) erneut gründlich untersucht werden, um der Forderung nach Gerechtigkeit und internationaler Solidarität dort mehr Geltung

¹ X. *Gorostiaga*, *Deuda externa y desarrollo*. L'Harmattan, Paris 1988.

zu verschaffen, wo die nationalen Interessen zu stark im Vordergrund stehen.“

6. Investitionen und neue Geldausleihen zu besseren Bedingungen und vor allem zur Lösung von akuten sozialen Problemen.

8. Die geteilte Verantwortung

Es ist selbstverständlich, daß es bei einem so dramatischen und hochkomplexen Problem wie dem der Außenverschuldung viele Schuldige und Verantwortliche gibt. Auch wenn wir wie auch die Kirche nicht nur zugunsten der ärmsten Individuen, sondern auch zugunsten der ärmsten Länder eindeutig Position bezogen haben, hindert uns das nicht, auf die begangenen Fehler hinzuweisen. Vor allem müssen die Fehler genannt werden, die die Regierungen und die herrschenden Klassen beim Aushandeln und bei der (häufig unmoralischen) Investition der Kredite begangen haben.

In den Lehrdokumenten der Kirche wird dem Prinzip der Mitverantwortung große Bedeutung beigemessen. Die Schuldner hören das zwar nicht gern, aber es gibt die bittere Ironie, daß die Außenverschuldung ein wirkliches Festival des Unsinnns und der Leichtfertigkeit darstellt: leichtsinnige Bankiers verliehen unsinnige Kredite an leichtsinnige Regierungen. Und das alles, um den größten Kapitaltransfer der Geschichte aus den ärmsten in die reichsten Länder zu bewerkstelligen. (DECEP. „La deuda externa brasileira“, Policopiados).



Quelle: Frankfurter Rundschau 5.1.1990 (nach eXplizit - Unterrichtsmaterialien 25/1990, 46).

Im FR-Begleittext „Uralte Rechnung aufgemacht“ heißt es: „Für das von den 'Conquistadores' ausser Landes geschaffte Gold schuldet Spanien dem Andenstaat Bolivien die beachtliche Summe von 211,2 Milliarden Dollar... Nun, da andere von diesen Reichtümern profitiert hätten, könnten auch Peru und Bolivien ein wenig Wohlstand für sich beanspruchen, ... Sollte sich Spanien einverstanden erklären, ... könnte mit der 'Rückzahlung' am 12. Oktober 1992 ... begonnen werden.“

Redaktion: Zwergel